

Alpiq will AKW verschenken

Die Franzosen haben schon abgelehnt – jetzt soll der Bund Gösgen und Leibstadt übernehmen.



Will die AKW loswerden: Alpiq-Chef Jens Alder. Foto: Sebastian Magnani/Ex-Press

Gösgen und Leibstadt, steht das Wasser bis zum Hals. Die Schweizer Stromproduktion macht jährlich 2 Milliarden Verlust, den sie nur zur Hälfte an die Endkunden weitergeben kann. 1 Milliarde Franken bleibt an den Produzenten ohne Endkunden – wie die Alpiq oder auch dem Konkurrenten Axpo – hängen.

Das geht an die Substanz. Die Alpiq musste darum reagieren: Weil ihre AKW nicht mehr rentieren, versuchte sie, ihre Atomkraftwerke ins Ausland, konkret an Frankreich, zu verschenken. Das geht aus einem vertraulichen Protokoll der Umweltkommission des Nationalrats (Urek) hervor, in das die SonntagsZeitung Einblick hatte. In der Urek-Sitzung vom Mai schilderten die Verwaltungsratspräsidenten der Stromfirmen Axpo und Alpiq, Thomas Sieber und Jens Alder, den Energiepolitikern, in welcher Lage sich ihre Unternehmen befinden.

Der frühere Swisscom-Chef Alder sagte auf die Frage, warum man nicht versuche, die Atomkraftwerke ins Ausland, beispielsweise der französischen Électricité de France SA (EDF), zu verkaufen: «Ich habe als Erstes der EDF unsere AKW als Geschenk angeboten. Dies wurde aber abgelehnt.» Die EDF habe in der Kernkraft viele eigene Probleme.

Kein Unternehmen in Europa wollte die Atomkraftwerke

Es fand sich auch kein anderes europäisches Unternehmen, das die AKW wollte. Darum verfolgt man bei der Alpiq jetzt einen anderen Plan: Leibstadt und Gösgen sollen dem Bund angedient werden. Wörtlich hat Alder den Energiepolitikern gesagt: «Wir würden unsere AKW gerne dem Staat verkaufen, ja sogar für einen symbolischen Preis von einem Franken verschenken.»

Denn der künftige Cashflow sei derart negativ, dass dies für die Alpiq die beste Option wäre. Aufgrund eigener Prognosen seien die AKW finanziell nicht mehr attraktiv. «Wir müssen irgendeine Lösung finden, um aus dieser Situation herauszukommen», flehte Alder die Parlamentarier an, seinem Unternehmen zu Hilfe zu eilen. Er betonte: «Mit den AKW werden wir in den nächsten 10 Jahren nur noch Geld verlieren, was nachher kommt, wissen wir alle nicht.» Auch Sieber

Denis von Burg und Pascal Tischhauser

05.11.2016

Artikel zum Thema

Alpiq fürchtet Milliarden-Loch bei Atomausstieg



Energieriese Alpiq hält es für finanziell untragbar, die AKW früher vom Netz gehen zu lassen. Im Falle des Falles will der Konzern Schadensersatz vom Bund fordern.

[Mehr...](#)

31.10.2016

Axpo, Alpiq und BKW begraben AKW-Pläne

Die drei grossen Schweizer Energiekonzerne haben ihre Rahmenbewilligungsgesuche für neue Ersatz-Kernkraftwerke formell zurückgezogen. [Mehr...](#)

12.10.2016

Die Redaktion auf Twitter

Stets informiert und aktuell. Folgen Sie uns auf dem Kurznachrichtendienst.

[@derbund folgen](#)

Die Redaktion auf Twitter

Stets informiert und aktuell. Folgen Sie uns auf dem Kurznachrichtendienst.

[@derbund folgen](#)

habe sich in der Sitzung in diese Richtung geäußert, sagen Energiepolitiker.

Anfang März hatte die «Basler Zeitung» publik gemacht, dass die PR-Agentur «Hirzel, Neef, Schmid» einen Plan ausarbeitet, wie dem Bund die AKW aufgehalst werden können. Der Plan war als Planspiel kleingeredet worden. Jetzt zeigt sich, die Alpiq hofft, dass mit einem Ja zur Ausstiegsinitiative der Plan umgesetzt werden kann: Bei einem Ja müssten Gösgen 2024 und Leibstadt 2029 vom Netz. Die beiden Abschalttermine würden den Weg frei machen für Verhandlungen mit dem Bund über die Ausschaltmodalitäten oder mindestens zu finanziellen Garantien. So soll Alder in der Urek denn auch gesagt haben, er hoffe auf ein Ja. Bestätigt ist Letzteres aber nicht. Auf Anfrage nahm die Alpiq zu den Äusserungen Alders in der Kommission keine Stellung. Sie verwies aber darauf, dass er bei der letzten Generalversammlung gesagt habe, die Kernenergie sei derzeit nicht verkäuflich.

Für Energiepolitiker und SVP-Präsident Albert Rösti ändert die aktuelle Situation der Stromfirmen nichts daran, dass die Ausstiegsinitiative abzulehnen sei, auch weil die Betreiber bei einem Ja Entschädigungen in Milliardenhöhe einfordern könnten. Für linke Politiker ist es hingegen klar, dass sich die AKW-Betreiber mit ihren Schadenersatzdrohungen in Position bringen wollen für Verhandlungen mit dem Bund. Sie wollen die Geldverbrenner AKW möglichst schnell aus ihren Büchern kriegen.

Atomkompromiss nach deutschem Vorbild

Für die Linke ist das alles Wasser auf die Mühlen der Ausstiegsinitiative. Denn für sie führt ohnehin kein Weg daran vorbei, dass dereinst die öffentliche Hand die Atomlasten tragen muss. Und schon zeichnet SP-Fraktionschef Roger Nordmann genau dieses Szenario in einem auf seiner Website veröffentlichten Papier auf.

Mit Annahme der Initiative könne das Szenario beschleunigt werden. Die AKW kämen schneller vom Netz, und der Steuerzahler käme aus linker Sicht günstiger weg, weil von der Alpiq noch etwas zu holen sei, wenn man nicht warte, bis sie womöglich in Konkurs gehe. Und SPler Eric Nussbaumer hofft, dass wie beim Atomkompromiss in Deutschland auch hiesige Stromfirmen einwilligen, zusätzlich zu den sowieso geschuldeten Zahlungen in den Stilllegungs- und Entsorgungsfonds noch ein bis zwei Milliarden draufzuzahlen, wenn sie dafür aus der ewigen Haftung entlassen würden. (SonntagsZeitung)

(Erstellt: 05.11.2016, 23:34 Uhr)